

Merkel-Regime verschleiert Tatsachen: Lockdown bis Ende April 2021 ist bereits beschlossene Sache

Archivmeldung vom [23.12.2020](#)

Bitte beachten Sie, dass die Meldung den Stand der Dinge zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung am 23.12.2020 wiedergibt. Eventuelle in der Zwischenzeit veränderte Sachverhalte bleiben daher unberücksichtigt.

Anführerin Angela Merkel "Der Freien Welt" wird in den USA gefeiert, lediglich im kleinen Deutschland ist sie nicht ganz so beliebt (2019)

"Die Hinweise mehren sich. Die Bundesregierung scheint bereits beschlossen zu haben, den Lockdown bis Ende April 2021 zu verhängen. Hinter verschlossenen Berliner Türen wird darüber schon offen gesprochen. Die Bevölkerung soll über die tatsächlichen Pläne getäuscht werden, so will die Bundesregierung den Unmut in der Bevölkerung ersticken und Großdemonstrationen gegen die Maßnahmen verhindern." Dies berichtet Stefan Schubert auf dem Portal "AnonymousNews" unter Verweis auf verschiedenen Medienberichte.

Schubert weiter: "Dass der Bundesregierung in Punkto Corona alles zuzutrauen ist, hat das Jahr 2020 erschreckend bewiesen. Die Rechts- und Verfassungsverstöße einzeln aufzuzählen, könnte schon ein ganzes Buch füllen. Erinnern wir uns, dass das Bundesgesundheitsministerium noch wenige Stunden vor dem ersten Lockdown Meldungen darüber als Fake News verleumdet hat.

Doch so langsam erkennen Millionen Bürger, dass die Fake-News-Verbreiter mit der stärksten Reichweite im Land die Regierung Merkel und ihre wohlgenährten medialen Arme sind. Diese Erkenntnis kommt für die 76-jährige Elke Fett aus München jedoch zu spät. Seit 25 Jahren betreibt Münchens bekannte Marktfrau auf dem Viktualienmarkt das »Duftschmankerl«. Betrieb, muss es genauer heißen, weil sie Jens Spahns Versprechen Glauben geschenkt hatte, ist sie nicht nur ruiniert, sondern im wahrsten Sinne des Wortes zu Tode betrübt.

In einem Reporterblock diktiert die einstmalig taffe Geschäftsfrau, wie sie sich von der Bundesregierung [verraten fühlt](#): »Ich habe Gesundheitsminister Jens Spahn geglaubt, als er am 1. September tönte: ›Man würde mit dem Wissen von heute keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht nochmal passieren‹. Auf dieses Versprechen habe ich mich verlassen. Ich habe extra noch Weihnachtsware bestellt. Was soll ich denn jetzt mit den Sachen machen?«. Die 76-Jährige stockt beim Reden, sie weint.

Die staatlichen Zwangsmaßnahmen haben bereits die Ersparnisse ihres ganzen Lebens aufgebraucht: private Miete, Standmiete, Krankenkasse, zwei Mitarbeiter und geordnete Ware – insgesamt 100 000 Euro. Selbst ihre Rente von 1000 Euro musste sie in den letzten Monaten voll in ihr Geschäft stecken, um eine Insolvenz zu verhindern. Doch nun droht ihr – und Millionen anderen Menschen – der zweite Lockdown das Genick zu brechen.

Keine Übersterblichkeit – die Politik beharrt auf ihren Untergangsmodus

Was immer die Politik und die Medien antreibt, das Coronavirus kann es nicht sein. Forscher der Ludwig-Maximilians-Universität München haben in einer aktuellen Studie [belegt](#): »Insgesamt ist keine herausstechende Übersterblichkeit zu beobachten.«

Im Jahr 2020 herrscht bei den 35- bis 59-Jährigen sogar eine Untersterblichkeit. Auch bei den 60- bis 79-Jährigen liegt nach statistischen Daten keine Übersterblichkeit vor. Lediglich bei den über 80-Jährigen sei eine »leicht erhöhte Sterblichkeit« zu verzeichnen.

Das Durchschnittsalter der Menschen, die an oder mit Corona gestorben sind (eine exakte Aufschlüsselung wird der Bevölkerung nach wie vor verweigert), [liegt in Deutschland bei 83 Jahren](#).

Diese Erkenntnis ist nicht neu, trotzdem haben Bund und Länder beinahe ein Jahr ungenutzt verstreichen lassen, um diese Risikogruppen, gerade in Alten- und Pflegeheimen, nicht bestens zu schützen. Stattdessen werden 83 Millionen Bürger Ziel schwerster Grundrechtsverletzungen, Pardon, ich meine Grundrechtseinschränkungen. Anstatt die betroffenen Altersgruppen zu schützen und bestens zu versorgen, werden zu 99 Prozent gesunde Bürger zum Adressaten der willkürlichen Maßnahmen.

Der Lockdown soll zur neuen Normalität werden

Was wirklich demaskierend ist: Kaum war der zweite Lockdown verhängt worden, sprachen zahllose Politiker wie selbstverständlich darüber, sich nicht an das eigentliche Ende am 10. Januar halten zu wollen, sondern stellten es schon als Fakt dar, dass dieser über diesen Zeitpunkt hinaus zu verlängern sei.

Zuerst erreichte mich folgende Nachricht eines Münchner Großgastronomen. Dieser gab an, durch einen direkten Kontakt zur bayerischen Landesregierung erfahren zu haben, die Verhängung des Lockdowns bliebe bis mindestens Ende März. Sollte dieser dann aufgehoben werden, würden jedoch weitere Einschränkungen bis zum 30. Juni 2021 in Kraft bleiben. Auf die Nachfrage, warum dieser Plan der Bevölkerung verheimlicht würde, erhielt er folgende Antwort: »Wir können dies nur in kleinen Häppchen vorbringen, denn sonst ist die Gefahr sehr groß, dass die Bevölkerung auf die Straße geht. Und dies ist dann nicht mehr beherrschbar.«

Da die Nachricht zwar glaubwürdig klingt, aber nicht verifizierbar ist, habe ich die Nachricht noch nicht auf meinem Telegram-Kanal gepostet. Es verdichten sich allerdings die Hinweise, dass es genau so kommen wird. Das Institut für Wirtschaftsförderung (ifo) gilt als bestens vernetzt mit der Politik. Im Verwaltungsrat sitzen unter anderem ein Vertreter der Bundesregierung und ein Vertreter der Bayerischen Staatsregierung.

In der aktuellen Konjunkturprognose Winter 2020 des ifo-Instituts [steht](#): »Insgesamt ergibt sich für das Jahr 2020 ein Einbruch der Wirtschaftsleistung um 5,1 Prozent. Für den weiteren Prognosezeitraum wurde unterstellt, dass die seit November geltenden Infektionsschutzmaßnahmen unverändert bis März 2021 in Kraft bleiben und danach allmählich gelockert werden.«

Auch regierungsnahe Protagonisten bereiten die Bevölkerung Häppchenweise vor. So auch der Weltärztechef Frank Ulrich Montgomery, der einen [Lockdown](#) bis Ostern heraufbeschwört.

In diesem Panikorchester will der Untergangsprophet Nummer 1 selbstredend nicht sein bisheriges Rampenlicht teilen und legt noch eine Schippe drauf. [Karl Lauterbach](#), die tragische Figur aus der SPD, fordert über die *Welt*: »Jetzt ist bereits absehbar, dass der Lockdown bis zum 10. Januar nicht ausreichen wird, um auf den Inzidenzwert von 50 Neuinfektionen je 100 000 Einwohner und Woche zu kommen. Ich fordere, diesen harten Lockdown durchzuhalten, bis ein bundesweiter Inzidenzwert von weniger als 25 Neuinfektionen erreicht ist. Egal, wie lange das dauert.«

Das sollte jeder Bürger noch einmal ganz bewusst lesen. »Egal, wie lange das dauert.« Berlin versucht, jeden Unmut in der Bevölkerung mit einem Stalingrad-Duktus zu unterdrücken."